

# Otto von Bismarck – Sein Leben und Wirken

*Autor: Marco Heismann*

Fürst Otto Eduard Leopold von Bismarck-Schönhausen, Herzog von Lauenburg (1. April 1815 - 30. Juli 1898) war einer der bedeutendsten europäischen Aristokraten und Staatsmänner des 19. Jahrhunderts. Als Ministerpräsident Preußens von 1862 bis 1890 setzte er sich für die Einigung der zahlreichen deutschen Staaten ein. Von 1867 an war er Kanzler des Norddeutschen Bundes. Dieser wurde 1871 zum Deutschen Reich erweitert. Bismarck war bis 1890 der erste Kanzler des Reiches. Aufgrund seines autoritären Führungsstils trägt den Spitznamen "der Eiserne Kanzler". 1865 wurde Bismarck zum Grafen von Bismarck-Schönhausen ernannt, 1871 erhob man ihn in den Fürstenstand. Im Jahr 1890 wurde er zudem zum Herzog von Lauenburg. Den Herzogstitel, den er nach seiner Entlassung aus dem Amt erhielt, lehnte er zunächst ab, um ihn später doch anzunehmen. Es handelte sich um den höchsten Rang des nicht-hoheitlichen Adels und wurde als "Durchlaucht" bezeichnet.

Als Junker vertrat Bismarck zutiefst konservative, monarchistische und aristokratische Ansichten. Sein wichtigstes politisches Ziel war es, Preußen zum mächtigsten Staat innerhalb des Deutschen Bundes zu machen. Er nutzte seine großen Fähigkeiten auf dem Gebiet der Diplomatie und führte zwei Kriege, um dieses Ziel zu erreichen. Danach brach Bismarck im Deutsch-Französischen Krieg von 1870 die Vorherrschaft Frankreichs über Kontinentaleuropa.

Nur widerstrebend hatte Bismarck die Idee der Vereinigung Deutschlands akzeptiert. Doch ab 1871 baute Bismarck die äußere Sicherheit des neuen deutschen Staates sorgfältig auf seine geschickte Diplomatie auf, die Frankreich international isolierte und ein umfangreiches und komplexes System von Bündnissen zur gegenseitigen militärischen Unterstützung mit den meisten europäischen Nationen schuf. In seiner Rolle als "ehrlicher Makler" gelang es Bismarck auch, Frieden und Stabilität in Europa zu erhalten, indem er aufkommende politische Konflikte durch Verhandlungen löste.

Als vorsichtiger Politiker verfolgte Bismarck in Europa nie einen imperialistischen Kurs. In Afrika verfolgte Bismarck jedoch eine Politik der imperialen Eroberung, ähnlich wie die anderen europäischen Mächte. Bismarck veränderte jedoch das Gesicht Europas, indem er Deutschland in Bezug auf seine wirtschaftliche und militärische Macht in den Mittelpunkt stellte. Manche vermuten, dass seine Vorliebe für eine starke Regierung den Weg für die Autokratie Adolf Hitlers ebnete, obwohl es schwierig wäre, eine direkte Ursache und Wirkung zwischen Bismarck und Hitler nachzuweisen. Die beiden Männer teilten jedoch den Stolz auf das Ideal eines starken Deutschlands und glaubten, dass Größe das deutsche Schicksal sei.

Auf dem Gebiet der Innenpolitik war Bismarck weniger erfolgreich. Im Kulturkampf entriss er der protestantischen und der römisch-katholischen Kirche einige wichtige kulturelle Befugnisse. Mit seinen Sozialistengesetzen gelang es Bismarck nicht, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, aber er geriet in den Ruf eines Reaktionärs, den er mit seinen neuen und großzügigen Sozialreformen und Wohlfahrtsgesetzen teilweise widerlegte.

Kaiser Wilhelm I. starb 1888 und sein Nachfolger, Kaiser Friedrich III., erlag im selben Jahr einem Krebsleiden. Die Krone ging schließlich an den 29-jährigen Kaiser Wilhelm II., dem Bismarck persönlich missfiel und der ihn 1890 zum Rücktritt von allen politischen Ämtern zwang.

Persönlich war Bismarck ein gefeierter Unterhalter, der lustige Geschichten und Wortspiele sehr schätzte. Neben seiner Muttersprache Deutsch sprach er fließend Englisch, Französisch, Russisch und Polnisch - und war ein Diplomat mit ausgezeichneten Umgangsformen und Höflichkeit. Seine Freunde wählte er unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben oder ihrer politischen Überzeugung, mit Ausnahme der Sozialisten und Sozialdemokraten, die er verachtete. Bismarck liebte gutes Essen und Trinken und neigte dazu, beidem exzessiv zu frönen. Sein wichtigstes Werkzeug in der Politik war sein Talent, komplexe internationale Entwicklungen erfolgreich zu planen.

## Biografie

Bismarck wurde in Schönhausen geboren, dem Gut seiner Familie in der altpreußischen Provinz Mark Brandenburg (heute Sachsen-Anhalt), westlich von Berlin. Sein Vater, Ferdinand von Bismarck, war ein Gutsbesitzer und ehemaliger preußischer Offizier; seine Mutter, Wilhelmine Mencken, stammte aus einer wohlhabenden Bürgerfamilie. Otto von Bismarck hatte mehrere Geschwister, aber nur ein älterer Bruder und eine jüngere Schwester (Malvina) überlebten bis ins Erwachsenenalter.

Bismarck besuchte das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium und das Graue Kloster-Gymnasium. Danach, im Alter von 17 Jahren, trat er in die Georg-August-Universität Göttingen ein, wo er nur ein Jahr als Mitglied des Corps Hannovera verbrachte, bevor er sich an der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin einschrieb. Obwohl er hoffte, Diplomat zu werden, konnte er nur kleinere Verwaltungsposten in Aachen und Potsdam erlangen. Da sich seine Arbeit als eintönig und uninteressant erwies, vernachlässigte er in diesen Jahren bewusst seine dienstlichen Pflichten und zog es vor, sich in der "High Society" zu bewegen.

Nach dem Tod seiner Mutter im Jahr 1839 übernahm Bismarck die Verwaltung der Güter seiner Familie in Pommern. Etwa acht Jahre später kehrte er nach Schönhausen zurück, wo er sich in der Kommunalpolitik engagierte. Im Jahr 1847 heiratete er die Adelige Johanna von Puttkamer. Wie Puttkamer wurde er pietistischer Lutheraner. Aus der langen und glücklichen Ehe gingen eine Tochter (Marie) und zwei Söhne (Herbert und Wilhelm) hervor, die alle bis ins Erwachsenenalter überlebten. Er kümmerte sich auch um die Erziehung einer verwaisten Nachbarin, Vally von Blumenthal, die er "mein Sonntagskind" nannte.

### Frühe politische Laufbahn

Im Jahr seiner Heirat wurde Bismarck als Abgeordneter in den neu geschaffenen preußischen Landtag gewählt. Dort erwarb er sich den Ruf eines royalistischen und reaktionären Politikers; er vertrat offen die Idee, dass der Monarch ein göttliches Recht zu herrschen habe.

Im März des folgenden Jahres kam es in Preußen zu einer Revolution (eine der Revolutionen von 1848, die viele europäische Länder erschütterten), die König Friedrich Wilhelm IV. völlig überwältigte. Der Monarch war zwar zunächst geneigt, den Aufstand mit Waffengewalt zu unterdrücken, beugte sich aber schließlich der revolutionären Bewegung. Er bot den Liberalen zahlreiche Zugeständnisse an: Er versprach, eine Verfassung zu erlassen, stimmte dem Zusammenschluss Preußens und anderer deutscher Staaten zu einer Nation zu und ernannte einen Liberalen, Ludolf Camphausen, zum Ministerpräsidenten. Der Sieg der Liberalen war jedoch nur von kurzer Dauer; er endete Ende 1848. Die Bewegung wurde durch interne Kämpfe geschwächt, während sich die Konservativen neu formierten, die Unterstützung des Königs gewannen und die Kontrolle über Berlin zurückeroberten. Zwar wurde noch eine Verfassung verabschiedet, doch blieben ihre Bestimmungen weit hinter den Forderungen der Revolutionäre zurück.

Im Jahr 1849 wurde er in den Landtag, das Unterhaus der neuen preußischen Legislative, gewählt. In dieser Phase seiner Karriere lehnte er die Einigung Deutschlands ab, weil er der Meinung war, dass Preußen dadurch seine Unabhängigkeit verlieren würde. Er akzeptierte seine Ernennung zu einem der Vertreter Preußens im Erfurter Landtag, einer Versammlung der deutschen Staaten, die zur Erörterung der Einigungspläne zusammentrat, allerdings nur, um sich den Vorschlägen dieses Gremiums wirksamer widersetzen zu können. Das Parlament scheiterte jedenfalls an der Unterstützung der beiden wichtigsten deutschen Staaten, Preußen und Österreich, die die Einigung herbeiführten.

1852 wurde Bismarck von Friedrich Wilhelm zum Gesandten Preußens beim Reichstag des Deutschen Bundes in Frankfurt ernannt. Seine acht Jahre in Frankfurt waren von einem Wandel seiner politischen Ansichten geprägt. Da er nicht mehr unter dem Einfluss seiner ultrakonservativen preußischen Freunde stand, wurde Bismarck weniger reaktionär und gemäßiger. Er ist überzeugt, dass Preußen sich mit anderen deutschen Staaten verbünden muss, um dem wachsenden Einfluss Österreichs entgegenzuwirken. So wuchs seine Akzeptanz für die Idee einer geeinten deutschen Nation.

Im Jahr 1858 erlitt Friedrich Wilhelm IV. einen Schlaganfall, der ihn lähmte und geistig behinderte. Sein Bruder, Wilhelm I. von Deutschland, übernahm als Regent die Regierung von Preußen. Kurz darauf wurde Bismarck als preußischer Gesandter in Frankfurt abgelöst und stattdessen zum Botschafter Preußens in Russland ernannt. Dies bedeutete eine Beförderung in seiner Karriere, da Russland einer der beiden mächtigsten Nachbarn war (der andere war Österreich). Der Regent nahm weitere Veränderungen vor: Helmuth von Moltke d. Ä. wurde zum neuen Generalstabschef der preußischen Armee ernannt, und Albrecht Graf von Roon wurde zum preußischen Kriegsminister ernannt und mit der Reorganisation der preußischen Armee beauftragt. In den nächsten 12 Jahren sollten diese Männer Preußen umgestalten.

Bismarck hielt sich vier Jahre lang in Sankt Petersburg auf und freundete sich in dieser Zeit mit seinem künftigen Widersacher, dem russischen Fürsten Alexander Gortschakow, an. Im Juni 1862 wurde er nach Paris entsandt, um als preußischer Botschafter in Frankreich zu dienen. Trotz seines langen Auslandsaufenthalts war Bismarck nicht völlig

losgelöst von der deutschen Innenpolitik; durch seine Freundschaft mit Albrecht von Roon blieb er gut informiert, gemeinsam bildeten sie eine dauerhafte politische Allianz.

### Ministerpräsident von Preußen

Der Regent wurde nach dem Tod seines Bruders 1861 König Wilhelm I. Der neue Monarch geriet häufig in Konflikt mit dem zunehmend liberalen preußischen Landtag. Zu einer Krise kam es 1862, als der Landtag sich weigerte, die Mittel für eine geplante Umstrukturierung der Armee zu bewilligen. Die Minister des Königs waren nicht in der Lage, die Abgeordneten davon zu überzeugen, den Haushalt zu verabschieden, und der König war nicht bereit, Zugeständnisse zu machen, so dass die Situation weiter festgefahren war. Wilhelm glaubte, dass Bismarck der einzige Politiker war, der die Krise bewältigen konnte, war aber nicht bereit, einen Mann zu ernennen, der die uneingeschränkte Kontrolle über die Außenpolitik forderte. Als das Abgeordnetenhaus im September 1862 den vorgeschlagenen Haushalt mit überwältigender Mehrheit ablehnte, ließ sich Wilhelm auf Anraten von Roon dazu bewegen, Bismarck nach Preußen zurückzurufen. Am 23. September 1862 ernannte Wilhelm Bismarck zum Ministerpräsidenten und Außenminister von Preußen.

Bismarck wollte die königliche Vorherrschaft aufrechterhalten, indem er den Haushaltsstillstand zugunsten des Königs beendete, selbst wenn er dazu zu extralegalen Mitteln greifen musste. Da die Verfassung keine Fälle vorsah, in denen die Gesetzgeber einen Haushalt nicht genehmigten, konnte er einfach den Haushalt des Vorjahres anwenden. So wurde die Steuererhebung auf der Grundlage des Haushalts von 1861 vier Jahre lang fortgesetzt.

In den folgenden Jahren verschärfte sich der Konflikt zwischen Bismarck und den Gesetzgebern. Als das Abgeordnetenhaus 1863 eine Resolution verabschiedete, in der es erklärte, dass es sich nicht mehr mit Bismarck einigen könne, löste der König den Landtag auf und warf ihm vor, eine verfassungswidrige Kontrolle über das Ministerium ausüben zu wollen. Daraufhin erließ Bismarck ein Edikt, das die Pressefreiheit einschränkte; diese Politik stieß sogar auf den öffentlichen Widerstand des Kronprinzen und später Friedrich III. von Deutschland. Trotz der Versuche, Kritiker zum Schweigen zu bringen, blieb Bismarck ein weitgehend unpopulärer Politiker. Bei den Wahlen im Oktober 1863, bei denen eine liberale Koalition (deren wichtigstes Mitglied die Fortschrittspartei war) mehr als zwei Drittel der Sitze im Abgeordnetenhaus errang, schnitten seine Anhänger schlecht ab.

Trotz seiner Unbeliebtheit und zahlreicher Konflikte mit dem Reichstag blieb Bismarck an der Macht, weil er die Unterstützung des Königs hatte. Wilhelm I. befürchtete, dass bei einer Entlassung Bismarcks ein liberales Ministerium folgen würde, und entließ den Ministerpräsidenten trotz wiederholter Aufforderungen des Abgeordnetenhauses nicht.

### Die Niederlage von Dänemark und Österreich

Vor der Einigung bestand Deutschland aus einer Vielzahl von Fürstentümern, die im Deutschen Bund lose miteinander verbunden waren. Bismarck spielte eine entscheidende Rolle bei der Vereinigung der meisten Mitglieder des Bundes zu einer einzigen Nation. In seiner ersten Rede als Ministerpräsident hatte er in einer berühmt gewordenen Bemerkung auf die Frage der deutschen Einigung hingewiesen: "Die großen Fragen des Tages werden nicht durch Reden und Beschlüsse von Mehrheiten entschieden - das war

der große Fehler von 1848 bis 1849 -, sondern durch Blut und Eisen." Er bezog sich dabei auf das gescheiterte Frankfurter Parlament als den großen Fehler von 1848 und 1849. Bismarck setzte sowohl die Diplomatie als auch das preußische Militär ein, um das Ziel der deutschen Einigung zu erreichen. Er schloss Österreich aus dem geeinten Deutschland aus, denn er wollte Preußen zum mächtigsten und dominantesten Bestandteil der Nation machen.

Als König Friedrich VII. von Dänemark im November 1863 starb, sah sich Bismarck mit einer diplomatischen Krise konfrontiert. Die Erbfolge in den Herzogtümern Schleswig und Holstein war umstritten; sie wurden von Christian IX. von Dänemark (dem Erben Friedrichs VII. als König) und von Friedrich von Augustenburg (einem deutschen Herzog) beansprucht. Die preußische Öffentlichkeit befürwortete Augustenburgs Anspruch, doch Bismarck unternahm einen unpopulären Schritt, indem er darauf bestand, dass die Gebiete gemäß den ein Jahrzehnt zuvor unterzeichneten Londoner Protokollen rechtmäßig dem dänischen Monarchen gehörten. Nichtsdestotrotz prangerte Bismarck Christians Entscheidung an, das Herzogtum Schleswig dem eigentlichen Dänemark anzugliedern. Mit Unterstützung Österreichs stellte er Christian IX. ein Ultimatum zur Rückgabe Schlesiens an Dänemark; als die Dänen sich weigerten, marschierten Österreich und Preußen ein und eröffneten damit den Zweiten Schleswigschen Krieg. Infolge des deutschen Sieges war Dänemark gezwungen, beide Herzogtümer abzutreten. Ursprünglich war vorgesehen, dass der Reichstag des Deutschen Bundes (in dem alle deutschen Staaten vertreten waren) über das Schicksal der Herzogtümer entscheiden sollte; bevor dieser Plan jedoch umgesetzt werden konnte, veranlasste Bismarck Österreich, der Gasteiner Konvention zuzustimmen. Im Rahmen dieses Abkommens erhielt Preußen Schleswig, während Holstein an Österreich ging.

1866 brach Österreich sein Abkommen mit Preußen und verlangte, dass der Bundestag des Deutschen Bundes über die schleswig-holsteinische Frage entscheidet. Bismarck nutzte die österreichische Forderung als Vorwand; er warf den Österreichern vor, die Konvention von Gastein verletzt zu haben, und schickte preußische Truppen zur Besetzung Holsteins. Provoziert rief Österreich die anderen deutschen Staaten zu Hilfe, die bald in den Österreichisch-Preußischen Krieg verwickelt wurden. Mit Hilfe der Heeresreorganisation von Albrecht von Roon war die preußische Armee zahlenmäßig der österreichischen Armee fast ebenbürtig. Dank des Organisationsgenies von Helmuth von Moltke dem Älteren konnte die preußische Armee Schlachten schlagen, die sie gewinnen konnte.

Preußen besiegte Österreich und seine Verbündeten schnell und entschied den Konflikt mit einem vernichtenden Sieg in der Schlacht von Königgrätz (auch "Schlacht von Sadowa"). Infolge des Prager Friedens wurde der Deutsche Bund aufgelöst; Preußen annektierte Schleswig, Holstein, Frankfurt, Hannover, Hessen-Kassel und Nassau, und Österreich versprach, sich nicht in die deutschen Angelegenheiten einzumischen. Um die preußische Hegemonie zu festigen, traten Preußen und mehrere andere norddeutsche Staaten 1867 dem Norddeutschen Bund bei; König Wilhelm I. fungierte als Präsident und Bismarck als Kanzler.

Der militärische Erfolg brachte Bismarck in Preußen enormen politischen Rückhalt. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahr 1866 erlitten die Liberalen eine schwere

Niederlage und verloren ihre große Mehrheit. Das neue, mehrheitlich konservative Abgeordnetenhaus stand Bismarck wesentlich näher als die vorherigen Gremien und genehmigte auf Antrag des Ministerpräsidenten rückwirkend die ohne parlamentarische Zustimmung durchgeführten Haushaltspläne der letzten vier Jahre. Bismarck gilt daher als einer der talentiertesten Staatsmänner der Geschichte.

## Die Gründung des Deutschen Reiches

Der Sieg Preußens über Österreich verschärfte die Spannungen mit Frankreich. Der französische Kaiser Napoleon III. befürchtete, dass ein mächtiges Preußen das Gleichgewicht der Kräfte in Europa stören würde. Bismarck strebte zur gleichen Zeit einen Krieg mit Frankreich an; er glaubte, dass sich die deutschen Staaten hinter dem König von Preußen vereinen würden, wenn sie Frankreich als Aggressor wahrnehmen. Eine geeignete Voraussetzung für einen Krieg ergab sich 1870, als dem deutschen Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen der spanische Thron angeboten wurde, der seit einer Revolution im Jahr 1868 vakant war. Die Franzosen blockierten nicht nur die Kandidatur, sondern verlangten auch Zusicherungen, dass kein Angehöriger der Hohenzollern-Sigmaringen König von Spanien werde. Daraufhin veröffentlichte Bismarck die Emser Depesche, eine sorgfältig bearbeitete Fassung eines Gesprächs zwischen Wilhelm und dem französischen Botschafter in Preußen. Mit dieser Veröffentlichung sollte Frankreich zu einer Kriegserklärung an Preußen provoziert werden.

Die Emser Depesche hatte die gewünschte Wirkung. Frankreich mobilisierte und erklärte den Krieg, wurde aber als Aggressor angesehen. Daraufhin stellten sich die deutschen Staaten, die von Nationalismus und patriotischem Eifer erfasst waren, auf die Seite Preußens und stellten Truppen zur Verfügung (die Familie Bismarck stellte ihre beiden Söhne für die preußische Kavallerie zur Verfügung). Der Deutsch-Französische Krieg (1870) war ein großer Erfolg für Preußen. Die deutsche Armee unter dem Kommando von Helmuth von Moltke dem Älteren errang Sieg um Sieg. Die großen Schlachten fanden alle innerhalb eines Monats statt (7. August bis 1. September), und die Franzosen wurden in jeder Schlacht besiegt. Der Rest des Krieges war geprägt von sehr vorsichtigen deutschen Operationen und massiver Verwirrung auf Seiten der Franzosen.

Am Ende war Frankreich gezwungen, eine hohe Entschädigung zu zahlen und das Elsass und einen Teil Lothringens abzutreten. Bismarck lehnte die Annexion mit dem Argument ab, sie sei die "Achillesferse" des neuen Reichs, doch Moltke und seine Generäle bestanden darauf, dass sie notwendig sei, um Frankreich in einer defensiven Position zu halten[1].

Bismarck beschloss, sofort zu handeln, um die Einigung Deutschlands zu sichern. Er nahm Verhandlungen mit Vertretern der süddeutschen Staaten auf und bot ihnen besondere Zugeständnisse an, wenn sie der Vereinigung zustimmten. Die Verhandlungen waren erfolgreich; Wilhelm I. wurde am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles zum deutschen Kaiser gekrönt (und damit Frankreich weiter gedemütigt). Das neue Deutsche Reich war eine Föderation: Jeder der 25 Gliedstaaten (Königreiche, Großherzogtümer, Herzogtümer, Fürstentümer und freie Städte) behielt seine Autonomie. Der König von Preußen war als deutscher Kaiser nicht Herrscher über ganz Deutschland, sondern nur Primus inter Pares, also Erster unter Gleichen.

## Krieg mit Österreich

Im Falle Österreichs war Bismarck nicht der Initiator des Streits. Obwohl sein Ziel stets die Vergrößerung Preußens bis zur Gleichberechtigung mit dem damals herrschenden Österreich war, führte er eine von seinen Vorgängern seit 1849 etablierte Politik fort. Jahrzehntlang hatten preußische Staatsmänner darauf bestanden, dass Gleichheit die notwendige Bedingung für die österreichisch-preußische Freundschaft sei. Manteuffel weigerte sich, Österreich während des Krimkriegs zu unterstützen; Schleinitz forderte 1859 die militärische Vorherrschaft nördlich des Mains; Bernstorff wiederholte diese Forderung 1861.

Im Dezember 1862 erklärte Bismarck dem österreichischen Botschafter, dass die Situation schließlich zum Krieg führen würde, wenn die Gleichberechtigung nicht verwirklicht würde. Dies war keine Forderung nach einem Ausschluss Österreichs aus Deutschland, sondern eine Wiederholung der alten Forderung nach einer Teilung des Einflusses am Main. Bismarck hoffte und glaubte, dass diese Forderung ohne Krieg erreicht werden könne, da er nicht glauben konnte, dass Österreich für einen solchen Zweck einen Krieg riskieren würde. Er schätzte Wien jedoch falsch ein, wie spätere Entwicklungen zeigen sollten.

Im Mai 1866 bot Bismarck Österreich erneut eine friedliche Teilung der Hegemonie entlang des Mains an; das Angebot wurde erneut abgelehnt. Noch im selben Jahr schlitterten die Länder in den Krieg - es gab keine förmlichen Kriegserklärungen, die Feindseligkeiten begannen einfach von selbst.

## Der französisch-preußische Krieg

Bismarck verbrachte einen Großteil des Jahres vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten in seinem Landsitz Varzin, um sich von der Gelbsucht zu erholen, und war kaum in der Lage, einen Krieg zu beginnen. Es gibt keine Hinweise darauf, dass er bewusst auf den Krieg mit Frankreich hinarbeitete. Bismarck hatte keinerlei Anzeichen von Feindseligkeit gegenüber Frankreich gezeigt - im Gegenteil, er machte wiederholt freundschaftliche Gesten gegenüber Napoleon III.

Die Situation wurde dadurch verschärft, dass Wilhelm die Franzosen nicht mochte; obwohl Bismarck versuchte, die Beziehungen zu verbessern, war er nicht immer erfolgreich.

Die Probleme spitzten sich im Mai 1870 zu, als Napoleon mit seinem friedliebenden Außenminister Daru in Streit geriet. Gramont, Darus Nachfolger, war ein extremer Kleriker, der Preußen bei der ersten Gelegenheit demütigen wollte. Angestachelt von der Kaiserin Eugenie und mit einem kranken Napoleon im Schlepptau nutzte Gramont die Nominierung des Prinzen Leopold von Hohenzollern für den spanischen Thron als Chance. Hätte er Leopold lediglich vom spanischen Thron ausschließen wollen, hätte er in Madrid protestieren müssen, und die Spanier hätten nachgegeben, was sie vierzehn Tage später auch taten. Aber nach der Neuordnung durch den preußischen Krieg mit Österreich will Gramont Preußen demütigen, um die französische Vormachtstellung in Europa wiederherzustellen. Gramont erklärte am 6. Juli: "Wir haben einstimmig

beschlossen, zu marschieren. Wir haben die Kammer mitgenommen, wir werden auch die Nation mitnehmen."

In der Zwischenzeit bleibt Bismarck in Varzin und ignoriert die Bitten Wilhelms um Rat. Am 12. Juli 1870 verließ Bismarck schließlich Varzin. Als er in Berlin eintraf, hatten Napoleon III. und Gramont einen neuen Schuss aus Paris abgefeuert. Sie stellten weitere extreme Forderungen, um Preußen entweder zu demütigen oder einen Krieg zu erzwingen. Diese Forderungen lauteten:

- Wilhelm muss den Rückzug Leopolds befürworten
- Wilhelm muss sich für die Kandidatur entschuldigen
- Wilhelm muss versprechen, dass die Kandidatur nicht erneuert werden soll.

Diese Forderungen wurden Wilhelm am 13. Juli in Ems vorgelegt und umgehend abgelehnt. Als Wilhelms Bericht über dieses Verfahren in Berlin eintraf, übernahm Bismarck schließlich das Kommando. Er strich Wilhelms versöhnliche Phrasen und betonte den wahren Sachverhalt: Die Franzosen hatten unter Kriegsdrohung bestimmte Forderungen gestellt, die Wilhelm abgelehnt hatte. Auf Bismarcks Änderung, das so genannte Emser Telegramm, folgte eine zweite Botschaft Wilhelms, die Bismarcks Version bestätigte. Für die Franzosen war dies eine Provokation des Krieges.

## Kanzler des Deutschen Reiches

Bis 1871 war Bismarck Graf gewesen, dann wurde er in den Rang eines Fürsten erhoben. Er wurde auch zum Reichskanzler des Deutschen Reiches ernannt, behielt aber seine preußischen Ämter (einschließlich der des Ministerpräsidenten und des Außenministers) bei und hatte somit die nahezu vollständige Kontrolle über die Innen- und Außenpolitik. Das Amt des preußischen Ministerpräsidenten wurde 1873 vorübergehend von dem des Reichskanzlers getrennt, als Albrecht von Roon in das erstere Amt berufen wurde. Am Ende des Jahres trat Roon jedoch aus gesundheitlichen Gründen zurück, und Bismarck wurde erneut Ministerpräsident.

In den folgenden Jahren war es eines der wichtigsten politischen Ziele Bismarcks, den Einfluss der katholischen Kirche in Deutschland zurückzudrängen. Dies mag auf die antiliberalen Botschaft von Papst Pius IX. im Syllabus of Errors (1864) und das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit (1870) zurückzuführen gewesen sein. Preußen (mit Ausnahme des Rheinlands) und die meisten anderen norddeutschen Staaten waren überwiegend protestantisch; in den süddeutschen Staaten (insbesondere Bayern) lebten jedoch viele Katholiken. Insgesamt machten die Katholiken etwa ein Drittel der Bevölkerung aus. Bismarck war der Ansicht, dass die römisch-katholische Kirche zu viel politische Macht besaß; außerdem war er besorgt über das Aufkommen der katholischen Zentrumspartei (die 1870 gegründet wurde). Daher begann er eine antikatholische Kampagne, die als Kulturkampf bekannt wurde. Im Jahr 1871 wurde die katholische Abteilung des preußischen Kultusministeriums abgeschafft, und 1872 wurden die Jesuiten aus Deutschland vertrieben. Die aufkommenden antirömisch-altkatholischen Kirchen sowie das Luthertum wurden stattdessen von Bismarck etwas unterstützt. Strengere antirömisch-katholische Gesetze, die 1873 verabschiedet wurden, erlaubten es

der Regierung, die Ausbildung des römisch-katholischen Klerus zu überwachen, und schränkten die Disziplinargewalt der Kirche ein. Im Jahr 1875 wurden standesamtliche Trauungen vorgeschrieben, die bis dahin in Kirchen durchgeführt werden konnten. Diese Bemühungen stärkten jedoch nur die katholische Zentrumspartei. Weitgehend erfolglos, gab Bismarck 1878 den Kulturkampf auf. Dieses Datum war insofern von Bedeutung, als Pius im selben Jahr starb und durch den pragmatischeren Papst Leo XIII. ersetzt wurde.

Durch den Kulturkampf gewann Bismarck in der säkularen Nationalliberalen Partei einen neuen Unterstützer. Die Nationalliberalen waren bis zum Ende des Kulturkampfes Bismarcks wichtigste Verbündete im Reichstag. Im Jahr 1873 erlebten Deutschland und ein Großteil des übrigen Europas die lange Depression seit dem Zusammenbruch der Wiener Börse im Jahr 1873, die Gründerkrise. Um die schwächelnde Industrie zu unterstützen, beschloss der Kanzler, den Freihandel aufzugeben und protektionistische Zölle einzuführen, womit er jedoch die Nationalliberalen verärgerte. Zum ersten Mal seit dem gewaltigen industriellen Aufschwung in den 1850er Jahren nach den Revolutionen von 1848 und 1849 war die deutsche Wirtschaft von einem Niedergang betroffen. Die Unterstützung der Nationalliberalen, die für den Freihandel eintraten, nahm rapide ab, und 1879 waren die engen Beziehungen, die Bismarck genossen hatte, so gut wie beendet. Bismarck hingegen suchte wieder die Unterstützung der konservativen Fraktionen, einschließlich der Zentrumspartei.

Um das österreichisch-ungarische Problem der verschiedenen Nationalitäten innerhalb eines Staates zu vermeiden, versuchte die Regierung, die nationalen Minderheiten des Staates zu germanisieren, die sich hauptsächlich an den Grenzen des Reiches befanden, wie die Dänen in Norddeutschland, die Franzosen in Elsass-Lothringen und die Polen im Osten Deutschlands. Bismarcks Politik gegenüber den Polen war in der Regel von taktischen Überlegungen geleitet, was für Deutschland am besten ist, und war im Allgemeinen für die Polen ungünstig und wurde zu einer schweren Belastung für die deutsch-polnischen Beziehungen.

Bismarck war besorgt über das Wachstum der sozialistischen Bewegung, insbesondere der Sozialdemokratischen Partei. Im Jahr 1878 erließ er eine Reihe von antisozialistischen Gesetzen. Sozialistische Organisationen und Versammlungen wurden verboten, ebenso wie die Verbreitung sozialistischer Literatur. Darüber hinaus wurden sozialistische Führer verhaftet und von Polizeigerichten verurteilt. Trotz dieser Maßnahmen gewann die Bewegung weiter an Anhängern. Obwohl sozialistische Organisationen verboten waren, konnten die Sozialisten immer noch Sitze im Reichstag erringen; nach der deutschen Verfassung konnten die Kandidaten unabhängig und unabhängig von einer Partei kandidieren. Die Stärke der Sozialisten im Reichstag nahm trotz Bismarcks Maßnahmen stetig zu.

Der Reichskanzler wählte daraufhin einen anderen Ansatz, um den Sozialismus zu bekämpfen. Um die Arbeiterklasse zu besänftigen - und damit die Anziehungskraft des Sozialismus in der Öffentlichkeit zu verringern - erließ er eine Reihe paternalistischer Sozialreformen, die als die ersten europäischen Arbeitsgesetze angesehen werden können. Im Jahr 1883 wurde das Krankenversicherungsgesetz verabschiedet, das den Arbeitnehmern das Recht auf eine Krankenversicherung gab, wobei der Arbeitnehmer zwei Drittel und der Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge zahlte. Die Unfallversicherung

wurde 1884 eingeführt, während die Alters- und Invaliditätsversicherung 1889 eingeführt wurde. Andere Gesetze schränkten die Beschäftigung von Frauen und Kindern ein. Diese Bemühungen waren jedoch nicht gänzlich erfolgreich; die Arbeiterklasse blieb weitgehend unversöhnt mit Bismarcks konservativer Regierung.

## Außenpolitik

Außenpolitisch setzte er sich für die Wahrung des Friedens in Europa ein, um die Stärke des Deutschen Reiches nicht zu gefährden. Er war jedoch gezwungen, sich mit dem französischen Revanchismus auseinanderzusetzen - dem Wunsch nach Rache für die Verluste im Deutsch-Französischen Krieg. Bismarck verfolgte eine Politik der diplomatischen Isolierung Frankreichs, während er gleichzeitig freundschaftliche Beziehungen zu anderen europäischen Nationen unterhielt. Um das Vereinigte Königreich nicht zu verärgern, verzichtete er auf die Errichtung eines Kolonialreichs und den Ausbau der Flotte. 1872 reichte er Österreich-Ungarn und Russland die Hand der Freundschaft, deren Herrscher sich Wilhelm I. im Dreikaiserbund anschlossen. Auch zu Italien unterhielt Bismarck gute Beziehungen.

Nach dem Sieg Russlands über das Osmanische Reich im Russisch-Türkischen Krieg (1877-1878) half Bismarck, auf dem Berliner Kongress (1878) einen Vergleich auszuhandeln. Russland hatte sich zuvor große Vorteile in Südosteuropa gesichert, als es durch die Ratifizierung des Vertrags von San Stefano Frieden schloss. Bismarck und andere europäische Staatsoberhäupter lehnten jedoch die Ausweitung des russischen Einflusses ab und versuchten, die Macht des Osmanischen Reiches zu schützen. Der Berliner Vertrag von 1878 revidierte den Vertrag von San Stefano und reduzierte die Zugeständnisse an Russland. Infolgedessen litten die deutsch-russischen Beziehungen; der russische Fürst Gortschakow warf Bismarck vor, den Sieg seiner Nation zu gefährden. Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland wurden durch die protektionistische Politik des letzteren weiter geschwächt. Nachdem der Dreikaiserbund gescheitert war, handelte Bismarck 1879 den Doppelbund mit Österreich-Ungarn aus. Der Zweibund wurde 1882 durch den Beitritt Italiens zum Dreibund. Die Versuche, Deutschland und Russland zu versöhnen, blieben erfolglos: Der Dreikaiserbund wurde 1881 wiederhergestellt, zerfiel jedoch bald wieder, und der Rückversicherungsvertrag von 1887 wurde 1890 außer Kraft gesetzt.

## Kolonialismus

Zunächst lehnte Bismarck das Streben nach Kolonien mit der Begründung ab, dass der Aufwand für die Erlangung und Verteidigung der Kolonien den potenziellen Nutzen überwiegen würde. In den späten 1870er Jahren änderte sich jedoch die öffentliche Meinung zugunsten der Idee eines Kolonialreichs. In dieser Hinsicht waren die Deutschen nicht die einzigen; auch andere europäische Nationen begannen, rasch Kolonien zu erwerben. In den frühen 1880er Jahren schloss sich Deutschland anderen europäischen Mächten im "Kampf um Afrika" an. Zu den deutschen Kolonien gehörten Deutsch-Togoland (heute Teil von Ghana und Togo), Kamerun, Deutsch-Ostafrika (heute Ruanda, Burundi und Tansania) und Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia). Die Berliner Konferenz von 1884-85 legte Regeln für den Erwerb afrikanischer Kolonien fest; insbesondere schützte sie den freien Handel in bestimmten Teilen des Kongo-Flusses.

## Vorahnung eines europäischen Krieges

Im Februar 1888, während einer bulgarischen Krise, spricht Bismarck im Reichstag über die Gefahren eines europäischen Krieges. Zum ersten Mal spricht er von der drohenden Möglichkeit, dass Deutschland an zwei Fronten kämpfen müssen, und äußert den Wunsch nach Frieden, nicht nach dessen Gewissheit; und dann legt er den Fall des Balkankrieges dar und demonstriert dessen Sinnlosigkeit:

Bulgarien, dieses kleine Land zwischen der Donau und dem Balkan, ist weit davon entfernt, ein Objekt von ausreichender Bedeutung zu sein ... um Europa von Moskau bis zu den Pyrenäen und von der Nordsee bis Palermo in einen Krieg zu stürzen, dessen Ausgang niemand vorhersehen kann. Am Ende des Konflikts würden wir kaum noch wissen, warum wir gekämpft haben.[2]

## Die letzten Jahre

Wilhelm I. starb 1888 und hinterließ den Thron seinem Sohn, Friedrich III. von Deutschland. Der neue Monarch war jedoch bereits an Krebs erkrankt und verbrachte alle drei Monate seiner Regentschaft damit, die Krankheit zu bekämpfen, bevor er starb. Er wurde von seinem Sohn Wilhelm II. abgelöst. Der neue Kaiser wandte sich gegen Bismarcks vorsichtige Außenpolitik und zog eine energische und schnelle Expansion vor, um Deutschlands "Platz an der Sonne" zu schützen.

Frühe Konflikte zwischen Wilhelm II. und seinem Kanzler vergifteten bald die Beziehung zwischen den beiden Männern. Bismarck hielt Wilhelm für ein Leichtgewicht, das sich beherrschen ließ, und zeigte in den späten 1880er Jahren wenig Respekt vor Wilhelms Politik. Nach einem Versuch Bismarcks, Anfang 1890 ein weitreichendes antisozialistisches Gesetz durchzusetzen, kam es bald darauf zum endgültigen Bruch zwischen Monarch und Staatsmann.

In dieser Zeit beschloss Bismarck, nachdem er im Reichstag eine für seine Politik günstige absolute Mehrheit errungen hatte, die antisozialistischen Gesetze dauerhaft zu machen. Seine Kartellmehrheit aus der vereinigten Konservativen Partei und der Nationalliberalen Partei war dafür, die Gesetze dauerhaft zu machen, mit einer Ausnahme: der polizeilichen Befugnis, sozialistische Aufwiegler aus ihren Wohnungen zu vertreiben, eine Befugnis, die zeitweise exzessiv gegen politische Gegner eingesetzt wurde. Daher spaltete sich das Kartell in dieser Frage, wobei die Nationalliberale Partei nicht bereit war, die Ausweisklausel des Gesetzes dauerhaft zu machen. Die Konservativen unterstützten nur den gesamten Gesetzesentwurf und drohten damit und legten schließlich in der Sitzung ihr Veto gegen den gesamten Gesetzesentwurf ein, weil Bismarck seine Zustimmung zu einem geänderten Gesetz nicht geben wollte.

Im Laufe der Debatte interessierte sich Wilhelm zunehmend für soziale Probleme, insbesondere für die Behandlung der Bergarbeiter, die 1889 in den Streik getreten waren, und er unterbrach Bismarck regelmäßig im Rat, um seine Sozialpolitik deutlich zu machen. Bismarck war mit Wilhelms Politik ganz und gar nicht einverstanden und versuchte, sie zu umgehen. Obwohl Wilhelm die geänderte antisozialistische Gesetzesvorlage unterstützte, drängte Bismarck auf seine Unterstützung, um ein Veto

gegen das gesamte Gesetz einzulegen. Als Bismarcks Argumente Wilhelm nicht überzeugen konnten, wurde er aufgeregt und erregte sich, bis er in untypischer Weise sein Motiv für das Scheitern der Gesetzesvorlage ausbreitete: Die Sozialisten sollten so lange agitieren, bis es zu einem gewaltsamen Zusammenstoß kam, der als Vorwand für ihre Zerschlagung dienen konnte. Wilhelm entgegnete, dass er nicht bereit sei, seine Herrschaft mit einem blutigen Feldzug gegen seine Untertanen zu beginnen. Am nächsten Tag, nachdem er seinen Fehler eingesehen hatte, versuchte Bismarck, einen Kompromiss mit Wilhelm zu erreichen, indem er dessen Sozialpolitik gegenüber den Industriearbeitern zustimmte und sogar einen europäischen Rat vorschlug, um die Arbeitsbedingungen unter dem Vorsitz des deutschen Kaisers zu erörtern.

### "Der Lotse geht von Bord"

Trotzdem führte eine Wendung der Ereignisse schließlich zu seiner Distanzierung von Wilhelm. Bismarck, der sich vom Kaiser unter Druck gesetzt und nicht gewürdigt fühlte und von ehrgeizigen Beratern unterminiert wurde, weigerte sich, gemeinsam mit Wilhelm eine Proklamation zum Schutz der Arbeiter zu unterzeichnen, wie es die deutsche Verfassung verlangte, um gegen Wilhelms zunehmende Einmischung in Bismarcks zuvor unbestrittene Autorität zu protestieren. Bismarck arbeitete hinter den Kulissen auch daran, den Kontinentalen Arbeitsrat zu zerschlagen, den Wilhelm so sehr ins Herz geschlossen hatte.

Der endgültige Bruch kam, als Bismarck nach einer neuen parlamentarischen Mehrheit suchte und sein Kartell aufgrund des Fiaskos mit dem Antisozialismusgesetz abgewählt wurde. Die verbliebenen Kräfte im Reichstag waren die katholische Zentrumspartei und die konservative Partei. Bismarck wollte mit der Zentrumspartei einen neuen Block bilden und lud Ludwig Windthorst, den Fraktionsvorsitzenden, zu Gesprächen über ein Bündnis ein. Dies sollte das letzte politische Manöver Bismarcks sein. Wilhelm war wütend über Windthorsts Besuch. In einem parlamentarischen Staat ist der Regierungschef auf das Vertrauen der Parlamentsmehrheit angewiesen und hat natürlich das Recht, Koalitionen zu bilden, um seiner Politik eine Mehrheit zu sichern, aber in Deutschland war der Kanzler allein auf das Vertrauen des Kaisers angewiesen, und Wilhelm war der Ansicht, dass er als Kaiser das Recht hatte, vor dem Treffen seiner Minister informiert zu werden. Nach einem heftigen Streit in Bismarcks Anwesen über die kaiserliche Autorität stürmte Wilhelm hinaus und beide trennten sich endgültig. Bismarck, der zum ersten Mal in eine Situation geriet, die er nicht zu seinem Vorteil nutzen konnte, schrieb ein scharfes Rücktrittsschreiben, in dem er Wilhelms Einmischung in die Außen- und Innenpolitik anprangerte, und das erst nach Bismarcks Tod veröffentlicht wurde.

Auf Drängen Wilhelms II. trat Bismarck 1890 im Alter von 75 Jahren zurück und wurde von Leo von Caprivi als deutscher Kanzler und Ministerpräsident von Preußen abgelöst. Bismarck wurde ausgemustert ("Ablegen des Lotsen"), erhielt einen neuen Titel, den des Herzogs von Lauenburg, und zog sich unruhig und verbittert auf sein Landgut in Varzin (im heutigen Polen) zurück. Nach dem Tod seiner Frau am 27. November 1894 zog Bismarck nach Friedrichsruh bei Hamburg.

Sobald er sein Amt aufgeben musste, begannen die Bürger ihn zu loben und sammelten Geld für Denkmäler wie das Bismarck-Denkmal. In Deutschland wurde er sehr geehrt, viele Gebäude erhielten seinen Namen, Bücher über ihn wurden zu Bestsellern, und er wurde oft gemalt.

Seine letzten Jahre verbrachte Bismarck damit, seine Memoiren (Gedanken und Erinnerungen) zu verfassen. Er starb 1898 (im Alter von 83 Jahren) in Friedrichsruh, wo er im Bismarck-Mausoleum beigesetzt ist. Sein Nachfolger als Fürst von Bismarck-Schönhausen wurde sein ältester Sohn Herbert.

## Vermächtnis

Zu Bismarcks wichtigstem Vermächtnis gehört die Einigung Deutschlands. Seit der Zeit Karls des Großen hatte Deutschland als eine Ansammlung von separaten Fürstentümern und freien Städten existiert. In den folgenden tausend Jahren hatten verschiedene Könige und Herrscher erfolglos versucht, die deutschen Staaten zu vereinen - bis Bismarck.

Nach der Einigung wurde Deutschland zu einer der mächtigsten Nationen in Europa. Bismarcks kluge, vorsichtige und pragmatische Außenpolitik ermöglichte es Deutschland, die mächtige Position, in die er es gebracht hatte, friedlich zu bewahren; er pflegte eine freundschaftliche Diplomatie mit fast allen europäischen Nationen. Frankreich, die wichtigste Ausnahme, wurde durch Bismarcks Kriege und seine harte Politik gegenüber Frankreich geschwächt; Frankreich wurde zu einem der erbittertsten Feinde Deutschlands in Europa. Auch Österreich wurde durch die Schaffung eines Deutschen Reiches geschwächt, wenn auch in einem weitaus geringeren Maße als Frankreich.

Bismarcks diplomatische Leistungen wurden jedoch durch Wilhelm II. zunichte gemacht, der mit seiner arroganten Politik die anderen europäischen Mächte nicht nur verärgerte und entfremdete, sondern sie im Ersten Weltkrieg sogar gegen Deutschland vereinigte.

Während des größten Teils seiner fast 30-jährigen Amtszeit hatte Bismarck die unbestrittene Kontrolle über die Politik der Regierung. Dabei wurde er von seinem Freund, dem Kriegsminister Albrecht Graf von Roon, und dem Chef der preußischen Armee, Helmuth von Moltke dem Älteren, unterstützt. Bismarcks diplomatische Schachzüge stützten sich auf ein siegreiches preußisches Militär, und diese beiden Männer gaben Bismarck die Siege, die er brauchte, um die kleineren deutschen Staaten davon zu überzeugen, sich Preußen anzuschließen.

Bismarck unternahm Schritte, um die politische Opposition zum Schweigen zu bringen oder einzuschränken, wie die Gesetze zur Einschränkung der Pressefreiheit, der Kulturkampf und die antisozialistischen Gesetze zeigen. Sein König (späterer Kaiser), Wilhelm I., stellte die Entscheidungen des Kanzlers nur selten in Frage; mehrfach holte sich Bismarck die Zustimmung seines Monarchen, indem er mit seinem Rücktritt drohte. Wilhelm II. beabsichtigte jedoch, das Land selbst zu regieren, und machte die Absetzung Bismarcks zu einer seiner ersten Aufgaben als Kaiser. Bismarcks Nachfolger

als Kanzler waren weit weniger einflussreich, da die Macht in den Händen des Kaisers konzentriert war.

Zwei Schiffe der Kaiserlichen Marine sowie ein deutsches Schlachtschiff aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs wurden nach ihm benannt. Auch das Bismarck-Meer und der Bismarck-Archipel (beide in der Nähe der ehemaligen deutschen Kolonie Neuguinea) sowie Bismarck, North Dakota (eine Stadt und Landeshauptstadt in den Vereinigten Staaten), wurden nach ihm benannt.

Zahlreiche Statuen und Denkmäler zieren die Städte und Landschaften Deutschlands, darunter das berühmte Bismarck-Denkmal in Berlin. Das einzige Denkmal, das ihn als Student an der Universität Göttingen (zusammen mit seinem Hund Ariel) und als Mitglied seines Corps Hannovera zeigt, wurde 2006 auf der Rudelsburg wiedererrichtet.

Sein Studienkollege an der Universität Göttingen, John Lothrop Motley, beschreibt Bismarck in seinem Roman *Morton's Hope, or the Memoirs of a Provincial* (1839) als Otto v. Rabenmark.

---

## Quellen:

- [1] Barbara Tuchman, *The Guns of August* (New York: Ballantine Books, 1962), S. 35.
- [2] Emil Ludwig, *Wilhelm Hohenzollern: The last of the Kaisers*, übersetzt von Ethel Colburn Mayne (New York, 1927), S. 73.
- Alan Palmer, *Bismarck* (New York: Charles Scribner's Sons, 1976), S. 267.
- J. P. Taylor, *Bismarck* (New York: Alfred A. Knopf, 1969), S. 264.
- Crankshaw, Edward. *Bismarck*. New York: The Viking Press, 1981. ISBN 067016982X
- Eyck, Erich. *Bismarck und das Deutsche Reich*. New York: W. W. Norton & Company, 1964. ISBN 0393002357
- Hiss, O. C. *Bismarck: Gesetze und Würste*. Berlin: Sans Souci Press, 1931.
- Palmer, Alan Warwick. *Bismarck*. London: Weidenfeld und Nicolson, 1976. ISBN 0297770721
- Pflanze, Otto. *Bismarck and the Development of Germany*. Princeton, NJ: Princeton University Press, 1990. Bd. 1: ISBN 0691055874, Bd. 2: 1 ISBN 0691055882, Bd. 3: ISBN 0691055890
- Stern, Fritz. *Gold und Eisen: Bismarck, Bleichröder und der Aufbau des Deutschen Reiches*. New York: Vintage Books, 1977. ISBN 0394740343
- Taylor, Alan John Percivale. *Bismarck: der Mann und der Staatsmann*. London: Hamish Hamilton, 1985. ISBN 0241115655
- Taylor, Alan John Percivale. *Bismarck*. New York: Alfred A. Knopf, 1969.